Nr. 412 / A 209 Morgen-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Dienstag, 1. September 1925

V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — Literarische Umschau"

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

WISSENSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK BERLIN

Italien in London

Plötzlicher Entschluß

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

mp **Rom**, 31. August

Die italienische Regierung hat sich erst am Sonnabend abend dazu entschlossen, sich auf der Londoner Juristenkonferenz vertreten zu lassen, und den juristischen Sachverständigen bei der Pariser Botschafterkonferenz, Pilotti, beauftragt, sich sofort nach London zu begeben. Da dieser keine ausführlichen Informationen aus Rom erhielt, dürfte seine Rolle zunächst mehr die eines Beobachters sein, zumal auch von offizieller Seite weiter betont wird, daß Italien in der Frage des Sicherheitspaktes eine abwartende Haltung einnehmen will. Es ist nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die italienische Beteiligung an der Juristenkonferenz, vorausgesetzt, daß diese einen Erfolg zeitigt, nur der erste Schritt für eine weitere Teilnahme Italiens an der bisher streng gemiedenen Paktpolitik ist.

Die Juristen-Besprechung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

whe **London**, 31. August

Heute nachmittag fand im Foreign Office die erste Zusammenkunft der Rechtssachverständigen Deutschlands und der alliierten Länder statt. Deutschland war durch Ministerialdirektor Dr. Gaus, England durch Sir Cecil Hurst, Frankreich durch Fromageot, Belgien durch Nollin und Italien durch ein jüngeres Mitglied der italienischen Botschaft vertreten. Da der italienische Sachverständige Pilotti erst morgen nachmittag in London eintreffen kann, war die heutige Zusammenkunft eine durchaus zwanglose Unterhaltung, in der vor allem die Arbeitsweise besprochen wurde. Morgen nachmittag findet die erste Vollsitzung statt.

Durch die Tatsache, daß die drei verantwortlichen Leiter der Außenpolitik ihrer Länder, Stresemann, Briand und Chamberlain, gleichzeitig ihren Amtssitz verlassen haben, kennzeichnet sich die Zusammenkunft der Rechtssachverständigen als eine rein informatorische Fühlungnahme der Persönlichkeiten, die später wahrscheinlich dazu berufen sein werden, den noch völlig offenen politischen Entscheidungen in der Paktfrage die völkerrechtliche Form zu geben.

Man rechnet mit einer Verhandlungsdauer von drei bis vier Tagen.

Englands Lady-Delegierte für Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

nr **London**, 31. August

Chamberlain ist heute morgen mit dem Stab der britischen Delegation über Dover nach Genf abgereist. Der britischen Delegation gehört erstmals eine Frau an: die Herzogin von Atholl, die Unterstaatssekretärin für Erziehung ist. Sonst nehmen an der Tagung des Völkerbundes außer dem Außenminister teil: Viscount Cecil, ferner der Minister für Ueberseehandel Samuel und Sir G. D. Graham.

Wie die Abendpresse ausführt, wird eine der Hauptaufgaben der britischen Delegation in der Beratung der Mossulfrage bestehen. Die Vorschläge der Kommission des Völkerbundes werden in diesem Zusammenhang von der Abendpresse noch einmal ausführlich wiedergegeben.

wf **Paris**, 31. August

Die Zusammensetzung der französischen Delegation für die Völkerbundtagung hat noch eine Aenderung erfahren. Senator Maurice Sarraut ist durch den früheren Minister und Präsidentschaftskandidaten, Senator Pams, ersetzt worden.

Das Land der hohen Löhne

Von

Richard Katz

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* **Sydney**, Ende Juli

Nächst den Einweise-Schikanen fällt dem Neuling vornehmlich das australische Arbeitstempo auf. Schon im Hafen staunt er über die behufsame Langsamkeit der Zimmerleute und über die gravitätische Würde, mit der die vierschrötigen Gepäckträger seine Koffer so würdevoll zum Zoll schaffen, als trügen sie den heiligen Gral. Beim ersten Neubau in der Stadt bleibt der Fremdling lange stehen, um das Tempo der Maurer zu bewundern, das einer Kino-Aufnahme durch die Zeitlupe gleicht. Später erfährt er wohl, daß die Maurer-Union jedes Mitglied ausschließt (und damit arbeitslos macht), das mehr als vierhundert Ziegel täglich vermauert, was etwa einem Drittel der europäischen Maximalleistung entspricht. Das große Stahlwerk Hoslins ist dieser Tage durch einen Streik gezwungen worden, hundertzwanzig italienische und serbische Arbeiter zu entlassen, die der irrigen Meinung gewesen waren, sie hätten für die hohen australischen Löhne intensive Arbeit zu leisten . . .

So wie der Neuling durch die scharfe Einweise-Kontrolle das Kernproblem Australiens, die Absperrung gegen jede nichtenglische Immigration, kennengelernt hat, so macht ihn die Beobachtung des Arbeitstempos mit der nächstwichtigen Eigenart des Landes vertraut: der „gestreckten" und „geschützten" Arbeit.

Sie ist eine unmittelbare Folge der Einwanderungspolitik. Da England keinerlei Interesse daran hat, seine Industriearbeiter an die australische Konkurrenz-Industrie abzugeben, ist der Immigrant gewöhnlich ein Arbeiter zweiter oder dritter Güte. Dabei wächst die politische (weil äffernmäßige) Stärke der australischen Arbeiter von Jahr zu Jahr. Von 1920 bis einschließlich 1924 hatte Australien einen Einwanderungsüberschuß von 160 000 Personen; von diesen waren 89 v. H. Industriearbeiter (und 94 v. H. Engländer). Der natürliche Bevölkerungszuwachs des gleichen Zeitraums betrug rund 400000, wovon wiederum der größere Teil auf die Industriearbeiter entfällt, die in Australien — wie anderwärts — größere Kinderzahlen leisten als die „Kapitalisten".

Jede Neuwahl bestätigt diese Ziffern. Im Mai dieses Jahres haben die Arbeiter-Unions die Regierung von Neu-Süd-Wales, der reichsten und bevölkertsten Provinz Australiens, erobert (indem sie von 91 Parlamentsmandaten 48 gewannen) und damit die bisher letzte bürgerliche Provinzregierung Australiens beseitigt. Zwar sind der Bundes-Premier Bruce und der Bundes-Finanzminister Page noch immer Bürgerliche, aber sie amtieren lediglich von Gnaden der Unions, und die gesamte Gesetzgebung geht in entscheidender Instanz von den Gewerkschafts-Sekretären aus.

Nun darf man sich den Gegensatz zwischen den Boalierten bürgerlichen Parteien (der städtischen „Nationalpartei", der bäuerlichen „Landpartei" und den — an Zahl und Einfluß unbedeutenden „Progressisten") einerseits und der von den Unions getragenen Labour-Party auf der anderen Seite bei weitem nicht so scharf vorstellen wie etwa in Deutschland. Hierzulande wird der innerpolitische Streit im allgemeinen ruhiger und in anständigeren Formen geführt als bei uns zu Hause. Abgesehen davon aber sind Kapital und Arbeit in Australien durch die stillschweigende Uebung zu einem Waffenstillstand gekommen, der sich etwa so formulieren läßt: Die Industriellen garantieren ihren Arbeitern durch hohe Löhne ein behagliches (nicht nur dürftiges!) Leben; sie reduzieren ferner die Arbeitszeit wie die Arbeitsleistung auf das gerade noch erträgliche Minimum und sie verbürgen schließlich alten oder invaliden Arbeitern eine Durchschnitts-Pension von zwei Mark täglich (ich rechne der Anschaulichkeit halber alle Ziffern in deutsche Währung um); dafür garantiert die Arbeiterpartei der Industrie jeden gewünschten Zollschutz und hält ihr damit die Weltkonkurrenz vom Leibe, die trotz der Frachten um durchschnittlich 50 v. H. billiger ist. Der normale Zollsatz ist gegenwärtig mit 48 v. H. des fakturierten Warenwerts bemessen; dazu treten von Fall zu Fall noch sogenannte „Antidumping"-Zölle, die das Produkt bis um weitere 85 v. H. verteuern können und es stets ermöglichen, seinen Preis über den der australischen Ware zu steigern.

Mit diesem Riemen wechselseitigen Interessenschutzes sind in Australien Kapital und Arbeit so zusammengekoppelt wie zwei Jagdhunde, die sich vorher anbalternd gebissen haben. Das ist keine ideale Lösung der Arbeiterfrage. Oft zerren die beiden Hunde nach entgegengesetzten Richtungen und der Effekt für die Volkswirtschaft wird Null. Oft knurren sie einander an und das Ergebnis sind zwecklose Streiks und Aussperrungen (jede australische Industrie-Branche rechnet mit durchschnittlich hundert Streiktagen im Jahre. Wer weiß, um wieviel weiter Australien heute stünde, wenn es statt dieses Systems etwa die prozentuelle Beteiligung des Arbei-

Wendung im Eisenbahner-Konflikt

Wann kommt der neue Schlichter?

In den Lohnverhandlungen der Eisenbahner mit der Deutschen Reichsbahn ist eine neue Wendung eingetreten. Die Eisenbahner haben ihren seinerzeit eingebrachten Antrag auf Einsetzung eines Schiedsgerichtes beim Reichsarbeitsministerium zurückgezogen und dadurch sämtliche bisherige Verhandlungen annulliert. Damit ist die Lage jetzt genau so wie vor Beginn der Verhandlung, das heißt, alle drei Parteien, die Reichsbahnhauptverwaltung, die Arbeiterverbände und das Arbeitsministerium haben Handlungsfreiheit. Die Zurückziehung des Schlichtungsantrages darf nicht als Abbruch der Verhandlungen aufgefaßt werden. Sie gewinnt die richtige Beleuchtung, wenn man bedenkt, daß nur durch vollkommene Annullierung des Verfahrens es den Eisenbahnerverbänden möglich war, den ihnen nicht genehmen Schlichter Dr. Zielken aus den Verhandlungen zu bringen. Bei einer Weiterführung des alten Verfahrens wäre der einmal eingesetzte Schlichter unabsetzbar gewesen. Jetzt, bei Beginn vollkommen neuer Verhandlungen, besteht die Möglichkeit, sich über eine neue Persönlichkeit für den Posten des Schlichters zu einigen.

Die Reichsbahngesellschaft ihrerseits hat die in den Verhandlungen vorgeschlagenen Lohnerhöhungen zur Durchführung gebracht und den Arbeitern in Berlin, Hamburg, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Zwickau, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg, Frankfurt, Bremen, Hannover, Wesermünde, Köln, Ludwigshafen, Mannheim usw. örtliche Zulagen gegeben, die die Bezüge der Eisenbahnarbeiter den in maßgebenden anderen Industrien gezahlten Tarifen anpassen sollen. Zum 1. Oktober ist eine Lohnerhöhung für den Rangierdienst angekündigt, die sowohl die Beamten wie die Arbeiter betreffen soll. Von besonderen Arbeitergruppen sind zum 1. September bereits die Mechaniker und einige andere Kategorien erhöht worden. Trübe Prophezeiungen, die sich mit dem Ausbruch wilder Streiks beschäftigen, erscheinen unangebracht, denn einerseits beweist das bedächtige Vorgehen der Eisenbahnerverbände, daß die Gewerkschaftsführer die Massen in der Hand zu haben glauben, andererseits dürfte die von der Reichsbahn vorgenommene Erhöhung, wenn sie auch den Erwartungen der Arbeitnehmer bei weitem nicht entspricht, doch die Situation so lange hinhalten, bis neue Verhandlungen in Fluß kommen.

Das muß allerdings sofort geschehen. Alle drei Parteien müßten sich in Anbetracht der ernsten Situation eigentlich gegenseitig in der Einleitung eines neuen Schiedsgerichtsverfahrens zuvorkommen. Es geht nicht an, daß persönliche Differenzen nachgetragen werden oder daß einer auf den anderen wartet. Heran an den Verhandlungstisch — muß die Parole schon der nächsten Stunden sein.

Vergleich mit den Hohenzollern

Wie der „Vossischen Zeitung" zuverlässig berichtet wird, ist in der Vermögensauseinandersetzung des preußischen Staates mit den Hohenzollern in den letzten Tagen vom preußischen Finanzministerium ein Vergleich abgeschlossen worden, der dem Landtag nach dem Wiederzusammentritt des Plenums alsbald zur Genehmigung vorgelegt werden dürfte. Der Vergleich kann als sehr günstig für die Familie Hohenzollern, weniger günstig für den preußischen Fiskus bezeichnet werden, eine Folge der mannigfachen Prozesse, die zwischen dem preußischen Staat und den einzelnen Mitgliedern der Familie Hohenzollern geführt worden sind und in der großen Mehrzahl zugunsten der preußischen Staatskasse ausgefallen sind. Nach dem Ausgange dieser Prozesse hat das preußische Finanzministerium geglaubt, weitere Prozesse vermeiden zu müssen, und sich vor die Notwendigkeit gestellt gesehen, den Ansprüchen der Hohenzollern weit entgegenzukommen.

2° Zeg 1621

0001